

PRO BALTIKUM

Bergstrasse 52, CH-8712 Stäfa/Schweiz, Telefon 044 926 88 61, Fax 044 926 88 62, baltikum@bluewin.ch,
www.baltics.ch
Parlamentarische Gruppe gem. Art. 63 des Parlamentsgesetzes (SR 171.11)

Gedenktagung vom 03. Mai 2014, 10 h Rathaus des Kantons Zürich

10 Jahre Mitgliedschaft von Estland, Lettland und Litauen in der NATO und der EU

Der Weg der baltischen Staaten aus der Zwangsgemeinschaft der UdSSR in die atlantische Gemeinschaft der NATO und Europäische Union EU

Referat von Hans Graf, Honorarkonsul Estland Gründer PRO BALTIKUM

Herr Präsident, Herr Regierungsrat, Exzellenzen, Mitglieder des Konsularischen Corps von Zürich, Vertreterinnen und Vertreter der Estnischen Gesellschaft in der Schweiz, der Gesellschaft Schweiz-Lettland, der Litauischen Gemeinschaft in der Schweiz, meine Damen und Herren

Mit dem heutigen Anlass können wir mit Freude und Genugtuung einen Zwischenhalt machen auf dem Weg von Estland, Lettland und Litauen aus einer über 50-jährigen Zwangsgemeinschaft zurück in ein demokratisches und rechtsstaatliches Europa und atlantische Gemeinschaft. Dieser Weg war oft mühsam, steinig und er musste von der betroffenen Bevölkerung und ihren staatlichen Institutionen zum grössten Teil aus eigener Kraft, weitgehend ohne Gehhilfen, gegangen werden. Dies verdient unseren vollen Respekt und rechtfertigt auch diesen heutigen kleinen Anlass.

Nach den Wirren des 1. Weltkrieges wurden die drei baltischen Staaten allseits völkerrechtlich als unabhängige Staaten anerkannt. Sie waren integriert in die Völkergemeinschaft und als solche auch Mitglieder des Völkerbundes. Dann nahm die Weltgeschichte aber einen anderen Verlauf – mit dem „Bruderkuss“ der Diktatoren Hitler und Stalin, besiegelt am 23. August 1939 mit dem geheimen Zusatzprotokoll, gerieten sie in den Sog der Sowjetunion. Auch damals schaute die Staatengemeinschaft zu. Immerhin ist zu vermerken, dass die Schweiz wie auch die USA und andere Staaten den nach bekanntem Muster inszenierten „Anschluss“, im Klartext gewaltsame Annektion, nie anerkannt hat. Die damaligen Ereignisse sind nicht einfach finstere Geschichten aus dem Mittelalter – sie sind in den letzten Tagen und Wochen eins zu eins im Zusammenhang mit der Ukraine wieder zu erkennen.

Aber die Diktatoren haben schon damals nicht mit der tiefen Verankerung und ungebrochenem Freiheitswillen der Völker gerechnet. Durch alle Schichten leisteten die Esten, Letten und Litauer durch die Pflege ihrer kulturellen Eigenständigkeiten Widerstand, Weihnachten blieb trotz kommunistischem Atheismus im Verborgenen als Familienfest, die traditionellen Sängereisen und Lieder reichten das Erbe der Vorfahren weiter.

Die politischen Führungsschichten konnten teilweise aus dem Exil die Stimme ihres Landes weiterhin aufrechterhalten; andere, Zurückgebliebene, suchten unter dem Stichwort „Patriotismus vor Internationalismus“ während den Jahren der Okkupation und Fremdherrschaft das Bestmögliche für ihr Land und ihr Volk zu erreichen. Dazu kam der bewaffnete Partisanen-Widerstand, der bis gegen Mitte der 1950er-Jahre dauerte.

Der Tod Stalins ermöglichte zwar einigen Deportierten die Heimkehr, brachte aber keine grundsätzliche Wende im sowjetischen Diktatorenreich. Die Ereignisse 1953 in Berlin, 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei waren diesbezüglich klare Zeichen. Erst die innerliche Verarmung, die langsam sichtbar werdenden Umweltverwüstungen und das Nachfolgegerangel im innersten Machtzirkel im Kreml ermöglichten „Glasnost“ und „Perestrojka“ und damit die radikalen Veränderungen in den Satellitenstaaten bis zum Fall der Berliner Mauer 1989. Aber der aus der Flasche entlassene Geist hatte längst schon auch die annektierten baltischen Staaten im Kernland der UdSSR erreicht.

Entscheidende Wegmarken zur Wiedererlangung der Eigenstaatlichkeit und Unabhängigkeit waren vor allem die kommunistischen Parteien in Litauen und Estland. Unter der Führung ihrer damaligen Spitzenfunktionäre drängten sie in zähen und harten Verhandlungen auf Eigenständigkeit und Unabhängigkeit vom Kreml – sie wurden entschlossener Teil der nationalen Unabhängigkeitsbewegungen vom „Volksfront“ und „Sajudis“.

Das Volk hat diese Bemühungen und Haltung nicht vergessen: Zum Erstaunen nicht weniger Leute in Westeuropa wurden diese Exponenten wie Algirdas Brazauskas und Justas Paleckis in Litauen oder Arnold Rüütel in Estland in den späteren freien Wahlen wieder in höchste Ämter gewählt – aber in ihrem Denken und Handeln waren sie natürlich schon längst keine Kommunisten mehr.

Die Reaktionen aus dem Kreml liessen nicht lange auf sich warten. Die Lieferung von Energie – Gas, Öl – wurde schon damals als wirtschaftliche Waffe eingesetzt. Die Fabriken standen still, die Lichter gingen aus, die Wohnungen und Büros waren kalt. Die westlichen Nachbarn halfen so weit wie möglich.

Als weiterer Schritt wurde mit roher Waffengewalt gedroht und am 13. Januar 1991 in Vilnius und später auch in Riga und anderswo eingesetzt – schon damals wie heute dienten dazu Spezialtruppen. Zurück blieben tote Zivilpersonen

Aber das Rad der Geschichte liess sich nicht mehr zurückdrehen. Nach dem gescheiterten Putschversuch in Moskau im August 1991 gab die UdSSR kurz vor ihrem eigenen Verfall Estland, Lettland und Litauen auch formell frei, wobei immerhin noch bis August 1993 in Litauen und 1994 in Estland und Lettland sowjetische und russische Truppen stationiert blieben.

Der Wiederaufbau der Eigenstaatlichkeit war nicht einfach. Über die obersten Ziele – unabhängige, rechtstaatliche Demokratie – war man sich einig. Aber es fehlten vielfach die Mittel und die nötige Erfahrung. Aus der Vergangenheit gab es einzig die ehemals straff organisierte kommunistische Partei. So war es nicht verwunderlich, dass der Übergang zum Mehrparteiensystem mit Umwegen und vielen Wechseln verbunden war. Aussenpolitik und ganz allgemein Aussenkontakte waren eine neue Herausforderung, lief doch vorgängig alles strikte über Moskau. So liefen noch bis Ende 1992 die Telefon- und Faxverbindungen über die russische Hauptstadt.

Die vom östlichen Nachbarn immer wieder vorgebrachten Ansprüche unter den Begriffen des „Nahen Auslandes“ und dem „Schutz der eigenen Landsleute“ – auch in diesen Tagen wieder von höchster Stelle erhoben – machten klar, dass die Fragen der Sicherheit oberste Priorität hatten. Mit den traditionell guten und engen Beziehungen zu den USA war eine gewichtige Hilfe gegeben, um wieder Einsitz zu nehmen in die wichtigsten Gremien der Staatengemeinschaft wie etwa die UNO und schliesslich auch der NATO als Garant der Unabhängigkeit. Georgien und heute die Ukraine zeigen drastisch die entsprechende Bedeutung, die nun auch mit der zusätzlichen Stationierung von US-Kampfflugzeugen und Bodentruppen sichtbarer und glaubhafter als alle schönen Erklärungen manifest geworden sind.

Gestatten Sie mir hier eine Zwischenbemerkung aus aktuellem Anlass:

Im Zusammenhang mit den Ereignissen in der Ukraine mit der Okkupation der Krim und dem Geschehen in der östlichen Landeshälfte im Schutz des massiven Militäraufmarsches an der Ostgrenze auf der Seite von Russland wird in zahlreichen Diskussionen vor allem in Deutschland, aber auch bei uns z.B. im „Club“ des Schweizer Fernsehens vom letzten Dienstag immer wieder von selbsternannten Friedens- und Strategie-Experten von einer „NATO-Osterweiterung“ gesprochen, durch welche sich Russland bedroht fühle. Damit wird aber die Geschichte umgekehrt. Die Völker Ost-Mitteleuropas haben 1989 – 1991 selber und ohne fremde Hilfe die russisch-kommunistische Oberherrschaft – mit friedlichen Mitteln – demokratisch und rechtstaatlich abgesetzt. Da waren zur Unterstützung der Befreiungsbewegungen keine „grünen Männchen“ oder schwer bewaffnete, verummte, dem Westen zuzuordnenden Schlägertruppen zu erkennen. Und es waren dann die sich selbst befreiten Völker, die nicht zuletzt als Reaktion auf die latenten, auch klar geäusserten Drohungen aus dem Kreml, die präventive Hilfe und Schutz suchten. Es dauerte dann noch einmal deutlich mehr als 10 Jahre, bis die NATO diesen Gesuchen nachgab und diese Völker, darunter auch die Baltischen Staaten, in ihren gemeinsamen Schutzbund aufnahmen. Und wer will es diesen Ländern verübeln, dass sie in Anbetracht der über 50-jährigen Besetzung und den gemachten Erfahrungen effektiven Schutzzusagen Vorrang gaben, in Kenntnis und Erfahrung des inneren Wertes von Staatsverträgen und völkerrechtlichen Absichtserklärungen. Dass dieser effektive Schutz nun näher an Russland herangerückt ist, hat dieses Land und seine Führung als Verursacher selber zu verantworten – dies muss auch in der Führungsriege Putins klar sein.

Auch der Beitritt zur EU erfolgte weitgehend unter dem Stichwort „Sicherheit“ und erst in zweiter Priorität aus wirtschaftlichen Überlegungen. Längerfristig muss unter diesem Aspekt

aber auch die Frage der wirtschaftlichen Unabhängigkeit zügiger als bisher angegangen werden – erst langsam dämmert es in den Köpfen europäischer Politiker, wie fatal die Folgen der energiepolitischen Erpressbarkeit sein können.

Die Schweiz hatte schon früher immer wieder gute Verbindungen ins Baltikum. Bekannte und berühmte Litauer, Letten und Esten wirkten für kürzere oder längere Zeit in unserem Land, und umgekehrt. Schon 1990 wurden diese Verbindungen halboffiziell mit der „Mission Gygi“ zur Abklärung finanzpolitischer Bedürfnisse wieder aufgenommen und a. Staatssekretär Probst konnte in den frühen 90er-Jahren als Berater für den Aufbau eines Aussenministeriums wieder nach Riga zurückkehren, den Ort, den er als Kind mit seinen Eltern vor dem Einmarsch sowjetischer Truppen verlassen musste. Diese direkten, persönlichen Kontakte, gepaart mit einer finanziellen Soforthilfe von je 10 Millionen Franken, waren in den baltischen Staaten sehr willkommen, auch wenn mit lediglich einer Botschaft in Riga die offizielle Vertretung eher schwach ist. Noch laufen aber noch die offiziellen Hilfsprogramme der Schweiz mit den Geldern der EU-Osterweiterungsbeiträge.

Unter dem Aspekt des weiteren Aufbaus guter Beziehungen entstand im Frühjahr 1991 mit dem damaligen Nationalrat, später Ständerat Dr. Willy Loretan die Parlamentarierversammlung PRO BALTIKUM. Ziele waren und sind die Pflege des gegenseitigen Verstehens, wobei vor allem zu Beginn auch politischer Druck gemacht wurde, zur Wiederanerkennung der Unabhängigkeit der drei Staaten. Island ging damals mutig voran – die Schweiz folgte immerhin noch vor den europäischen Staaten. Weitere Tätigkeitsbereiche waren die Bemühungen um die Aufhebung der Visumspflicht und Hilfsprogramme zum staatlichen Wiederaufbau. Bereits auf April 1993 konnten mit den drei Staaten Freihandelsabkommen geschlossen werden. Zur Separierung der kommerziellen Belange gründete PRO BALTIKUM im Frühjahr 1992 die privatrechtliche Handelskammer „Schweiz-Baltikum“, die bis zum Eintritt von Estland, Lettland und Litauen in die EU gute Dienste zur Entwicklung der kommerziellen Beziehungen leistete.

PRO BALTIKUM wird seine Arbeit fortsetzen. Für uns ist es sehr beeindruckend zu sehen, wie entschlossen die Esten, Letten und Litauer trotz immer wiederkehrenden Schwierigkeiten und Hindernisse ihre Zukunft angehen und eigenständig als Mitglieder der freien Völkergemeinschaft gestalten. Gegenseitiges Kennen hilft allen Beteiligten. In diesem Sinne hoffen wir, auch als Nichtmitglieder von NATO und EU, auf eine weiterhin fruchtbare Zusammenarbeit. Estland, Lettland und Litauen wünschen wir an der heutigen Wegmarke für die weitere Strecke alles Gute.